



SPD

FDP  
Die Liberalen



### Fachkräftemangel in den Pflegeberufen





**Wie beabsichtigt ihre Partei auf den Fachkräftemangel in den Pflegeberufen zu reagieren, damit die pflegebedürftigen Menschen eine angemessene Versorgung in den verschiedenen Arbeitsfeldern der Pflege erhalten?**





Bündnis 90/ Die Grünen haben und werden sich für zusätzliche Ausbildungsplätze in der Altenpflege und eine verbesserte Förderung der Fachseminare einsetzen. Des Weiteren kritisieren Bündnis 90/die Grünen, dass bislang nicht ausreichend Träger von Altenhilfeeinrichtungen an der Finanzierung Ausbildung beteiligt sind. Sie fordern eine Ausbildungsumlage, die neben der Beteiligung an den Ausbildungskosten auch einen besseren Ausbildungsmix aus ambulanten, teilstationären, stationären und offenen Altenpflegeeinrichtungen gewährleisten kann. Insbesondere bei den Trägern der ambulanten Pflege wird eine Refinanzierung der Ausbildungspauschalen bspw. über die Pflegesätze gefordert.





Die SPD möchte sich für eine gerechte Entlohnung, gute Arbeitsbedingungen und die Weiterentwicklung der Berufsfelder einsetzen. Bemängelt werden die mangelnden Aufstiegsmöglichkeiten durch Bildung. Die SPD möchte die Investitionen im Gesundheitswesen erhöhen, die Aus- und Weiterbildung zu den Gesundheits- und Pflegeberufen weiter entwickeln und verstärkt Männer in den Pflegeberuf integrieren.

Insbesondere eine zunehmende Akademisierung und Professionalisierung im Zuge der Aus- und Weiterbildung scheinen hierfür notwendig. Politik und Betriebe sind gleichermaßen dazu angehalten, die Rahmenbedingungen für diese Änderungen zu schaffen. Die FDP wird vor allem versuchen, die Bürokratie in den Pflegeberufen zu reduzieren, sowie die Pflegeversicherung auf eine solide Grundlage zu stellen. Außerdem hat die Landesregierung NRW (CDU/FDP) die zeitgemäße Landesberichterstattung für Pflegeberufe 2009 durch das Pflegefachkraft-Monitoring ersetzt, um fundierte Informationen und Planungssicherheit zu gewährleisten.





Die CDU sieht zu diesem Aspekt als wichtige Voraussetzung eine fachlich angemessene und ausreichende Personalausstattung. Dies soll unter anderem durch eine Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe erreicht werden. Dazu wird die verbesserte Anerkennung der Pflege als Beruf in der Gesellschaft genannt. Die CDU möchte lebensälteren Menschen die Möglichkeit geben durch eine fundierte Ausbildung in die Altenpflege hineinzukommen. Unterstützend soll außerdem wirken, dass die Pflege von fachfremden Tätigkeiten entlastet wird und ein gutes Personalmanagement bzw. Personalentwicklungsmanagement eingerichtet wird. Ziel ist eine gute Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen.

				
<p><b>Welche Schritte plant ihre Partei zur Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe?</b></p>	<p>Bündnis 90/ Die Grünen werden sich für mehr Anerkennung und angemessenere und bessere Bezahlung für Pflegekräfte einsetzen. Im Bereich der stationären Krankenpflege werden bessere Personalschlüssel, familienverträgliche Arbeitszeitregelungen und zeitgemäße Organisationsmodelle, Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz gefordert. Pflegende sollen mehr Handlungskompetenzen, Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung (auch an Hochschulen) und Supervisionen erhalten. Des Weiteren wird sich die Partei für eine Sicherung der regulären Beschäftigung einsetzen, um der Entwicklung des Einsatzes von Personaldienstgesellschaften und Zeitarbeitsfirmen gegenzusteuern. Um diese Forderungen eine Finanzierungsgrundlage gegenüberzustellen, plädieren Bündnis 90/ Die Grünen für</p>	<p>Neben Imagekampagnen, sind der SPD nach, vor allem Maßnahmen im Bereich der Arbeitsorganisation erforderlich. Hier erscheinen die Verbesserung von beruflichen Aufstiegschancen und akzeptablen Arbeitszeiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Entlastung von Bürokratie erforderlich.</p>	<p>Erhöhte Förderung und zusätzliche Geldmittel wurden für die Altenpflegeausbildung bereitgestellt.</p>	<p>In diesem Bereich möchte die CDU weiter auf die positive und aktive Unterstützung und Einbeziehung der Auszubildenden in Pflegeberufen setzen. Zum Beispiel soll die Qualität der Ausbildung und die Leistung der Auszubildenden durch eine offizielle Ehrung der Besten erreicht werden. Auch die Teilnahme am politischen Geschehen, z.B. anhand von Ideenwettbewerben soll die Aufmerksamkeit der auszubildenden Einrichtungen fördern und die Innovationsfähigkeit des gesamten Berufsfeldes hervorheben.</p>

				
	<p>eine Reform der Pflegeversicherung im Sinne einer Bürgerinnenversicherung, in der alle versichert sind und alle Einkommensarten zur Finanzierung beitragen.</p>			

				
<b>Berufsbildung und Ausbildung</b>				
<b>Wie positioniert sich Ihre Partei zur Zusammenführung der drei Ausbildungsgänge Kinderkrankenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege sowie Altenpflege?</b>	Bündnis 90/ Die Grünen unterstützen die inhaltliche und strukturelle Zusammenführung der Ausbildungsgänge. Sie sprechen sich für eine integrierte Ausbildungsform aus. Die generalistische Ausbildung wird aufgrund der Gefahr einer mangelnden Fachkompetenz in spezielleren fachlichen Fragen, der Sorge eines Verbleibs beruflich Pflegenden auf dieser Qualifikationsstufe und eines folglich Mangels spezialisierter Fachkräfte kritisiert.	Die SPD spricht sich für eine drei-jährig integrierende Ausbildungsform aus. Auch die Sonderstellung des Ausbildungssystems soll aufgehoben werden. Die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Aus- Fort- und Weiterbildungen soll frühzeitig angelegt werden und sich auch auf die Anrechnung weiterer Qualifikationen beziehen (z.B. Pflegehelfer).	Gestiegene fachliche und persönliche Anforderungen an Pflegende im europäischen Wettbewerb erfordern eine Veränderung in der Ausbildung des Pflegepersonals. Mit einer Zusammenführung der drei grundständigen zu einem gemeinsamen Pflegeberuf (generalisierte Ausbildung) könnte den veränderten Bedingungen entsprochen werden.	Die CDU möchte die Entwicklung einer generalisierten Ausbildung unterstützen. Als Beitrag zur Lösung noch schwieriger Fragen, wie z.B. die zukünftige Verortung und Finanzierung der Ausbildung betont sie die Bedeutung der Einflussnahme Nordrhein-Westfalens im Bund auf das Gesetzgebungsverfahren.
<b>Wie steht ihre Partei zur bereits begonnenen Modularisierung der Fachweiterbildungen?</b>	Bündnis 90/ Die Grünen unterstützen die begonnene Modularisierung, fordern jedoch eine europaweite Modularisierung in der Aus-, Fort und Weiterbildung nach EC-VET mit dem Ziel eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse herzustellen.	Die Modularisierung ist, aus Sicht der SPD, ein sinnvolles Instrument der Spezialisierung der Studierenden und der Ausdifferenzierung der Studienabschlüsse.	Hierzu erfolgt keine Stellungnahme.	Die Partei hält alle Schritte gut und erforderlich, die zu einer Verbesserung der Weiterbildung beitragen können.

				
<p><b>Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei hinsichtlich einer horizontalen und vertikalen Durchlässigkeit (ECTS-Anerkennung) innerhalb Europas?</b></p>	<p>Bündnis 90/ die Grünen setzen sich für eine Modularisierung dualer Ausbildungsgänge ein. Sie fordern eine Anerkennung von Teilqualifikationen nach dem ECVET-System (European Credit System for Vocational Education and Training) und eine Anerkennung auf Vollqualifikationen. Des Weiteren fordern Bündnis 90/ Die Grünen eine Verzahnung des Leistungspunktesystems der Hochschulen (ECTS) mit dem der beruflichen Bildung um hier die Durchlässigkeit und Flexibilität zu erhöhen.</p>	<p>Das ECTS wird von Seiten der SPD grundsätzlich positiv bewertet. Das deutsche Ausbildungssystem der Pflege muss kompatibel gemacht werden, wobei eine angemessene Einordnung im EQF sichergestellt werden muss. Des Weiteren muss eine anschlussfähige Studiengangsstruktur geschaffen werden um international anerkannte Bildungsabschlüsse zu gewährleisten.</p>	<p>Die verschiedenen Qualifikationsstufen müssen durchlässig bleiben und der Aufstieg in eine höhere Stufe bei entsprechender Qualifikation/Weiterbildung muss gewährleistet sein.</p>	<p>Die CDU sieht durch eine ECTS-Anerkennung die Chance einer Attraktivitätssteigerung des deutschen Systems für Studierende aus dem Ausland. Sie erhofft in dem Zusammenhang eine bessere Möglichkeit, Systeme und Modelle aus dem Ausland besser kennen lernen und nutzen zu können. Ebenso betont die Partei die Bedeutsamkeit einer angemessenen Bewertung der Ausbildung im europäischen Vergleich.</p>

				
<p><b>Wie steht ihre Partei zur primären Hochschulbildung im Pflegebereich und zu dualen Studiengängen?</b></p>	<p>Bündnis 90/ die Grünen lehnen eine primäre Hochschulbildung im Pflegebereich ab, da sie weder sachgerecht noch sinnvoll erscheint. Eine Erhöhung der Anzahl pflegerischer Studienplätze und eine Ausweitung der Pflegeforschung werden unterstützt.</p>	<p>Die Schaffung pflegewissenschaftlicher Studiengänge als auch duale Studiengänge werden befürwortet, jedoch die Gesamtkontur der entstandenen Studiengangstruktur kritisiert.</p>	<p>Parallele Strukturen von fachschulischer und akademischer Ausbildung sind im Sinne der FDP anzustreben. Hierbei ist die Akademisierung als Ergänzung zu sehen.</p>	<p>Die CDU bezieht nicht konkret Stellung zur primären Hochschulbildung im Vergleich zu dualen Studiengängen. Sie beschreibt lediglich das wachsende Bedürfnis einer Akademisierung und weiteren Professionalisierung der Pflegeberufe. In diesem Zusammenhang beschreibt die Partei die Möglichkeit und rechtliche Gewährleistung in NRW für die Durchführung entsprechender Modellvorhaben.</p>



SPD

FDP  
Die Liberalen



**Pflegereform 2008: Pflegestützpunkte und Pflege-TÜV**





**Wie sieht die grundsätzliche Positionierung Ihrer Partei zu den Pflegestützpunkten aus?**

Bündnis 90/ die Grünen befürworten die Einrichtung von Pflegestützpunkten. Jedoch wird die Kassennahe Ausrichtung vieler Pflegestützpunkte bemängelt, da sie nicht mit einer unabhängigen wohnortnahen und Beratung vereinbar sei. Neben der inhaltlichen Ausrichtungen auf Pflege, sollen vermehrt Belange des Wohnens, der Alltagsbewältigung und Belange von Menschen mit Behinderungen in die Arbeit der Pflegestützpunkte aufgenommen werden. Somit fordern Bündnis 90/ die Grünen die Initiierung von Quartierstützpunkten, sowohl als Anlauf-, Informations- und Koordinierungsstelle als auch als wohnortnahes Begegnungszentrum. Des Weiteren fordern Bündnis 90/ die Grünen, dass die Planung der Standorte von Pflegestützpunkten in die Hände der Kommunen





Die flächendeckende Einführung von Pflegestützpunkten wird unterstützt, da sie zu einer besseren Vernetzung der Leistungen und eine Verbesserung des Beratungsangebotes der ambulanten Pflege beitragen.

Die FDP kritisiert das Konzept der Pflegestützpunkte. Sie werden als zu teuer und zu bürokratisch angesehen. Zudem bergen sie die Gefahr von Doppelstrukturen und der Verdrängung bestehender Angebote.

Die Pflegestützpunkte werden als Unterstützung dafür betrachtet, dass das grundsätzlich geforderte Ziel der Pflegepolitik, ein qualitativ und quantitativ gutes und ausgewogenes Angebot an Dienstleistungen und Einrichtungen, zu erhalten und weiter zu schaffen. Wichtig ist der CDU dabei dass neben den Pflegekassen auch die kommunale Seite bei der Einrichtung von Pflegestützpunkten einbezogen wird. Anlass dieser Forderung ist die Meinung, dass Pflegestützpunkte kassennunabhängige Beratungs- und Anlaufstellen sein müssen und nicht parallel zu bereits bestehenden Strukturen entstehen sollen. Sie sollen vielmehr dazu beitragen können bereits vorhandene Strukturen zu erweitern, zu verbessern oder effektiver zu gestalten.

				
	gelegt wird.			
<b>Wie stellt Ihre Partei sicher, dass es zwischen den neuen Pflegestützpunkten und den vorhandenen Servicestellen in NRW zu einer abgestimmten Beratung für die Betroffenen Bürger kommt?</b>	Zur Koordination von Beratungsangeboten erfolgt keine Stellungnahme.	Kritisiert wird die mangelnde Koordinationsfunktion der Landesregierung, welche die Implementierung der Pflegestützpunkte und auch die Vernetzung mit vorhandenen Angeboten vorantreiben sollte.	Zur Koordination von Beratungsangeboten erfolgt keine Stellungnahme.	Die CDU fordert eine Vernetzung bereits bestehender Strukturen von Kommunen und Pflegekassen. Als Grundvoraussetzung dafür fordert die Partei eine Bündelung der bestehenden Strukturen, abhängig von den örtlichen Möglichkeiten. Die Entstehung neuer Verwaltungsstrukturen soll vermieden werden.
<b>Welche finanziellen Leistungen sollen den Pflegestützpunkten über die Anschubfinanzierung hinaus für die laufenden Perso-</b>	Sofern die Pflegestützpunkte Leistungen lokaler Anbieter mit in das Beratungsangebot aufnehmen, sollen laufende Personal- und Sachkosten finanziert werden. Zur Art und Weise der Finanzierung erfolgt keine Stellungnahme.	Zur Finanzierung der Leistungen empfiehlt die SPD eine Orientierung am saarländischen Modell, in dem jeweils zu einem Drittel Beiträge der Pflegekasse, der Krankenkasse und der öffentlichen Hand zusammenfließen. Hierbei ist jedoch die Finanzierung des letzten Drittels	Die FDP verweist auf die bestehenden Deckungen der Personal- und Sachkosten durch die Kostenträger.	Die dauerhafte Finanzierung der Pflegestützpunkte in den Regionen soll über die Pflegekassen und Kommunen sichergestellt werden.

				
<b>nal und Sachkosten gewährt werden?</b>		zwischen dem Land und dem Kommunen noch auszuhandeln		
<b>Wie stellt ihre Partei die beste pflegerische Beratung sicher - durch Fachpflegekräfte oder durch Sozialversicherungsfachangestellte?</b>	Bündnis 90/ die Grünen fordern eine multiprofessionelle Beratungsstelle, in der neben Pflegefachkräften auch andere Fachkräfte ihre Kompetenzen einbringen. Dies betrifft jedoch nicht Sozialversicherungsfachangestellte.	Die SPD favorisiert eine gemeinsame Beratung durch Fachpflegekräfte als auch durch Sozialversicherungsfachangestellte. Dies ermöglicht eine optimale Verknüpfung von pflegerischer Beratung und Beratung über die Leistungsansprüche.	Hierzu erfolgt keine Stellungnahme.	Die CDU möchte sich grundsätzlich für eine qualifiziert hochwertige Beratung einsetzen. Sie betont in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit eines Zusammenspiels von Fachpflegekräften und Sozialversicherungsfachangestellten.

				
<p><b>Wie kann auch Sicht Ihrer Partei das Land NRW bei der Umsetzung des Pflege-TÜV aus dem Pflege-reformgesetz sicherstellen, dass Prüfer für Heime mit gefährlicher Pflege K.O. Kriterien aussprechen können?</b></p>	<p>Bündnis 90/ die Grünen lehnen es ab, dass trotz gravierender Mängel in einzelnen Teilbereichen der Prüfung im Endergebnis eine passable Gesamtnote erreicht werden kann. Die Ergebnisqualität und die Qualität der Einrichtung in Hinblick auf Wohnen, Kommunikation, Öffnung zum Wohnquartier und Stadtteil werden nur unzureichend oder überhaupt nicht gemessen. Das Qualitätsprüfsystem soll inhaltlich und strukturell überarbeitet werden und den Prüfern soll eine bessere Rechtsgrundlage gegeben werden um sofort gegen gravierende Mängel vorzugehen.</p>	<p>Das bestehende System wird aufgrund des irreführenden Bewertungssystems, mit der Möglichkeit Mängel in einzelnen Prüfbereichen mit guten Leistungen anderer Teilbereiche auszugleichen, kritisiert. Des Weiteren werden bislang schienbar ambulante Dienste tendenziell negativer bewertet aufgrund der unterschiedlichen Auswahl der Prüfkriterien. Eine bundeseinheitliche Anwendung und Gewichtung von Prüfkriterien erscheint der SPD notwendig. Folglich setzt sich die SPD als Landesregierung für eine Veränderung der Prüfkriterien in der Arbeits- und Sozialministerkonferenz auf Bundesebene ein und fordert eine stärkere Gewichtung der Kriterien für Pflege und medizinische Versorgung.</p>	<p>Zu den Prüfungen ist der MDK oder durch die Pflegeversicherung beauftragte Sachverständige befugt. Die Kündigung des Versorgungsvertrages kann aufgrund nicht behobener Mängel veranlasst werden.</p>	<p>Die CDU kritisiert im Vorfeld ein System, das z.B. nach Schulnoten bewertet. Sie schlagen vielmehr ein Instrument wie z.B. einen Fragebogen vor, der eine beschreibende Bewertung der Pflegequalität von den zu Pflegenden und deren Angehörigen ermöglicht.</p>



SPD

FDP

Die Liberalen



### Wohn- und Teilhabegesetz NRW




**Wie stellen Sie für die Zukunft sicher, dass genügend qualifizierte Altenpflegefachpersonen in den Einrichtungen zum Einsatz kommen werden und damit die Inhalte des Wohn- und Teilhabegesetz umsetzen können?**

Neben den Veränderungen im Bereich des Fachkräftemangels (Integrative Ausbildung und Veränderte Finanzierungsformen) müssen verlässliche Personalerfassungsinstrumente (wie z.B. das RAI oder LEP) implementiert werden. Des Weiteren muss die Finanzierung qualifizierten Pflegefachpersonals entsprechend der Personalbemessung sichergestellt werden.





Eine Umlagefinanzierung über alle Pflegeeinrichtungen soll zunächst die ausreichende Menge an qualifizierten Altenpflegekräften sicherstellen. Des Weiteren soll ein indikatorengestütztes Monitoring über den Bedarf an Pflegefachkräften implementiert werden. Hierzu wird zunächst eine Vollerhebung des Bedarfs aller stationären und ambulanten Anbieter erforderlich, welche in regelmäßigen Abständen anhand von Stichproben aktualisiert werden soll. Zuletzt werden Personalbemessungsverfahren für notwendig erachtet, da z.B. die Fachkraftquote von 50% in stationären Einrichtungen nicht der Bedürfnislage der Pflegebedürftigen angemessen ist.





Die FDP verweist auf den Verantwortungsbereich des Heimbetreibers sowie der Einrichtungsleitung, welche für die Sicherstellung ausreichenden qualifizierten Personals zuständig sind. Das zuständige Ministerium für Soziales kann durch Rechtsverordnung Regelungen zu fachlichen und persönlichen Anforderungen erlassen.

Die CDU ist davon überzeugt, dass der Erhalt der Mindestfachkraftquote durch das Wohn- und Teilhabegesetz gesichert ist. Im hinführenden Argumentationsstrang betont die Partei, dass durch das oben genannte Gesetz der Begriff der bisherigen Fachkraft erweitert wurde und somit ein neuer Spielraum und Einsatzmöglichkeiten für ganz unterschiedliche Berufsgruppen (z.B. Therapeuten, der Koch) ermöglicht wird. Mindestens 50% der Beschäftigten sollen weiterhin Fachkräfte sein. Als bisher gelungene Maßnahmen beschreibt die CDU den Erfolg des 1.000-Plätze-Programms für die Altenpflegekraftausbildung, durch die bereits erheblich mehr Auszubildende durch Landesfördermittel geschult werden konnten.

				
<p><b>Wie sieht Ihre Unterstützung zu neuen Wohn-formen im Alter aus?</b></p>	<p>Bündnis 90/ die Grünen unterstützen den Weggang von Großeinrichtungen und sprechen sich deutlich für die Ausweitung von neuen Wohn- und Pflegeformen wie Hausgemeinschaften, Altenwohngemeinschaften oder das Wohnen mit Versorgungssicherheit aus. Auch die Förderung entsprechender neuer Wohnkonzepte soll ausgeweitet werden.</p>	<p>Die SPD spricht sich für Wohnformen aus, welche sowohl Selbständigkeit fördern und erhalten als auch gegenseitige und professionelle Hilfe verbinden. Dies betrifft folglich Wohn- und Hilfsangebote im normalen Wohnumfeld. Auch die ambulante Pflege soll gefördert werden, um ein bestbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung möglich zu machen.</p>	<p>Für die FDP stehen ambulante Angebote der Versorgung im Vordergrund. Sie spricht sich für neue Wohnformen aus und favorisiert hierzu im Einzelnen folgende Konzepte: "altengerechte Stadt", "Wohnquartiere", Qualitätssiegel "Betreutes Wohnen für ältere Menschen in NRW".</p>	<p>Grundsätzlich vertritt die CDU die Auffassung, dass ambulante Angebote den stationären Angeboten vorzuziehen sind. Alternativ erwähnt die Partei die positive Resonanz von gemeinschaftlichen Wohnprojekten mit gegenseitiger Unterstützung und das System des Hausnotrufs. Zusammenfassend beschreibt die Partei also alle Formen, die die Eigenständigkeit des älteren Menschen und den Wunsch, möglichst lange im eigenen zu Hause zu bleiben aufrechterhalten.</p>

				
<p><b>Welche Erfahrungen hat Ihre Partei bei der Umsetzung des Wohn- und Teilhabegesetzes gemacht und wo sehen sie ggf. Korrekturbedarf?</b></p>	<p>Bündnis 90/ die Grünen sehen dringenden Korrekturbedarf und haben dem Gesetz nicht zugestimmt. Die Wohn- und Nutzfläche pro BewohnerIn wird kritisiert, da im WTG 40qm für jeden Bewohner vorgesehen sind, statt 50qm je Bewohner wie in den Wohnungsbauförderrichtlinien. Die Regelungen bezüglich Einzel- und Doppelzimmer, wird als unzureichend eingestuft und stattdessen das Recht auf Einzelzimmer gefordert. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bewohner vor allem in wirtschaftlichen Fragen werden bemängelt und die Geltungsbereiche des WTG kritisiert, da er auch ambulante Wohnformen miteinbezieht. Dies bringt Probleme bei der Differenzierung zwischen ambulanten und stationären Einrichtungen zur Folge. Zuletzt werden die unterschiedlichen Vorgaben an ambulante Wohngemeinschaften seitens des WTG</p>	<p>Das WTG ist als "lernendes Gesetz" angelegt, um die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen zu können. Die SPD kritisiert hier die unzureichende Implementierung und Nutzung der nach §17 vorgegebenen Arbeitsgemeinschaft, da diese nicht, wie gesetzlich gefordert, in die bereits verabschiedeten Verordnungen und Erlasse zum Gesetz mit einbezogen worden ist.</p>	<p>Die vermehrte Transparenz der zu veröffentlichen Heimberichte erscheint der FDP als verbesserungswürdig. Die Einschätzungen zur Gemeinschaft, Teilhabe und Lebensqualität der Bewohner sind von besonderer Bedeutung, welche aus bisherigen Berichten von MDK und Heimaufsicht nicht hervorgehen. Betroffene und Angehörige sollen umfangreiches und zugleich verständliches Informationsangebot erhalten. Des Weiteren kritisiert die FDP die mangelnde rechtliche Klarstellung des Geltungsbereiches des WTG. Hier sei eine Konkretisierung erforderlich.</p>	<p>Die CDU unterstreicht die zielunterstützende Wirkung des Wohn- und Teilhabegesetzes. Somit ist die Partei zufrieden über den Weg, ihre Ziele der Erhaltung von Selbstbestimmung und Individualität der Menschen erhalten zu können. Die Partei sieht das Wohn- und Teilhabegesetz also als Schutzgesetz für die Bewohner in stationären Betreuungseinrichtungen. Die bisherige Umsetzung wird als gut bewertet. Die CDU räumt ein, dass die Umsetzung und das Gesetz an sich noch in der Anfangsphase stehen und zu Beginn auch noch viele Fragen, die aus dem Bundesheimrecht stammen, geklärt werden mussten. Die Partei umschreibt das Gesetz als lernendes Gesetz, das selbstverständlich nach einiger Zeit überprüft werden muss.</p>

				
	<p>und der Wohnungsbauförderung kritisiert.</p>			

				
<p><b>Wie wollen sie die Entbürokratisierung im Kontext der zunehmend aufwändigeren Prüfungen der Einrichtungen durch Heimaufsicht und MDK fördern?</b></p>	<p>Dokumentationssysteme und Qualitätsprüfungen müssen vereinfacht und somit harmonisiert werden. Eine grundsätzliche Kritik am Prüfungsverfahren besteht jedoch nicht.</p>	<p>Die Zuständigkeiten von Heimaufsicht und MDK müssen klar voneinander abgegrenzt werden um Mehrfachprüfungen und abweichende Empfehlungen der jeweiligen Prüfstelle zu vermeiden.</p>	<p>Durch das WTG erfolgte bereits ein umfangreicher Bürokratieabbau.</p>	<p>Mit dem WTG sind bürokratische Hemmnisse abgebaut worden. Die CDU konkretisiert dies mit folgenden Aussagen: Umfang von Anzeige- und Dokumentationspflichten für Betreiber sind reduziert, Aufwand der von den Einrichtungen zu übermittelnden Informationen ist gesenkt und infrastrukturelle Anforderungen des Ordnungsrechts gekürzt worden. Ebenfalls gilt grundsätzlich ein Doppelprüfverbot im Bereich der pflegerischen Betreuung für die Aufsichtsbehörde. Die Tatsache des Prüfauftrags an sich besteht trotzdem und klare Regeln für die Vorgehensweise existieren. Die Partei kritisiert, dass pauschale Bürokratiewürfe einer guten Sache nicht weiterhelfen.</p>



**SPD**

**FDP**  
Die Liberalen



**Prävention und Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen**

**Wo setzt ihre Partei in der Prävention psychischer Erkrankungen einen Schwerpunkt und welchen Anteil können professionell Pflegende dabei wahrnehmen?**

Der Schwerpunkt der Prävention psychischer Erkrankungen liegt dem Bündnis 90/ die Grünen in der Kinder- und Jugendarbeit. Hierzu gehören verschiedene Institutionen und Qualifikationen. Professionell Pflegende sollen im Bereich der Beratung und Begleitung bei aktivierenden und rehabilitierenden Maßnahmen in der körperbezogenen und therapeutischen Pflege tätig sein.





Um psychische Veränderungen bei älteren Menschen frühzeitig diagnostizieren und therapieren zu können sind Fort- und Weiterbildungsangebote für Pflegenden auf diesem Themengebiet auszuweiten. Des Weiteren sind Präventionsmaßnahmen, wie z.B. präventive Hausbesuche oder Angehörigengruppen zu implementieren.

Die FDP möchte sich stark machen, das bei der Landesgesundheitskonferenz der Bereich der psychischen Erkrankungen angemessene Berücksichtigung findet, unter Einbezug von Geschlecht, Lebensalter, Lebenslage und individuellem Erfahrungshintergrund des Betroffenen. Eine gemeindenahere und niedrigschwellige Weiterentwicklung der ambulanten, teilstationären und stationären Behandlung ist notwendig. Starre Grenzen zwischen ambulanter und (teil-)stationärer Behandlung oder auch zwischen der somatischen Medizin und Psychiatrie sollen aufgelöst werden. Zwangseinweisungen im Sinne des PsychKG sollen reduziert werden. Professionell Pflegende kommt im Bereich der Altenpflege bei der Früherkennung von Depressionen eine bedeutende Rolle zu.

Die CDU betont die Wichtigkeit des frühzeitigen Erkennens und Behandelns von psychischen Erkrankungen im Sinne von Sekundärprävention. Sie beschreibt ebenfalls die Notwendigkeit, das existierende Angebot von vorhandenen Hilfsstrukturen (ambulant, teilstationär und stationär) zielgruppengerecht weiterzuentwickeln und dabei auf Niedrigschwelligkeit zu achten. Wie genau das erreicht werden soll beschreibt die Partei nicht.

				
<p><b>Wie kann das Wissensdefizit in der Gesellschaft abgebaut werden und dabei eine gezielte Entstigmatisierungskampagne aus-sehen?</b></p>	<p>Im Sinne des Bündnis 90/ die Grünen sind Aufklärungskampagnen zum Abbau von Vorurteilen und Behandlungsmöglichkeiten psychischer Erkrankungen bedeutsam. Diese Kampagnen sollen neben der Förderung des Hinterfragens von Stigmatisierung und Diskriminierung, auf Integration psychisch erkrankter Menschen und die Verbesserung der Medienberichterstattung zum Ziel haben.</p>	<p>Die SPD begrüßt die zunehmende Entstigmatisierung psychisch erkrankter Menschen und möchte daher entsprechende Kampagnen zur Aufklärung über Entstehung, Verbreitung, Therapie und Prävention von psychischen Erkrankungen unterstützen.</p>	<p>Im Sinne der FDP sollte besonderes Augenmerk auf die Aufklärung über psychische Erkrankungen, vor allem an Schulen, gelegt werden. Dazu gehört auch die Ursachenbezogene Prävention von Suchterkrankungen insbesondere im Zusammenhang mit Alkoholkonsum.</p>	<p>Die CDU schlägt diesbezüglich vor, bereits bei der Diagnosestellung grundsätzlich vorsichtig zu sein, das subjektive Erleben des Betroffenen mit einzubeziehen und auf Ansätze zu verzichten, die die Krankheitsursache nahezu ausschließlich in der persönlichen Lebensgeschichte suchen. Parallel dazu soll bereits in Schulen eine angemessene Aufklärung über psychische Erkrankungen und deren Folgen angestrebt werden. Darüber hinaus beschreibt die Partei die besondere Bedeutung einer breiten und zielgruppenorientierten Aufklärung über die Erkrankungsformen an sich und deren Behandlungs- und Unterstützungsformen.</p>
<p><b>Pflegekammer</b></p>				

				
<p><b>Wie steht ihre Partei zur Errichtung einer Pflegekammer in NRW?</b></p>	<p>Die Idee einer umfassenden berufsständischen Vertretungs- und Organisationsform für die Pflege wird seit Jahren von Bündnis 90/ die Grünen unterstützt. Ob die Pflegekammer dabei die sinnvollste Ausgestaltungsoption sei, bleibt offen, da die Pflichtmitgliedschaft seitens der GRÜNEN kritisiert wird.</p>	<p>Die Implementierung einer Pflegekammer wird von Seiten der SPD abgelehnt und auf die Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen einer Berufsordnung verwiesen. Es wird auf die Stellungnahme der Enquetekommission verwiesen, welche neben verfassungsrechtlichen Bedenken ein hohes Informationsdefizit bei professionell Pflegenden bezüglich Vor- und Nachteilen und den Bedingungen einer Pflegekammer anspricht. Diese Einschätzung wurde im Januar 2010 durch eine Anhörung im MAGS bestätigt.</p>	<p>FDP steht dem Konzept der Pflegekammer ablehnend gegenüber. Die Gründe hierfür sind zum einen verfassungsrechtliche Bedenken (Zwangsmitgliedschaft in nicht für erforderlich erachtete Kammer gehe dem Art. 9 Abs. 3 GG entgegen), zum anderen Konflikte zwischen Landes- und Bundesrechtlichen Kompetenzen (Zuständigkeit für die Qualitätssicherung). Zuletzt wird angesprochen, dass Pflegenden überwiegend abhängig beschäftigt sind, und daher sie nicht zu den freien Berufen zählen.</p>	<p>Die Einrichtung einer Pflegekammer wird von der CDU für nicht erforderlich gehalten. Grundsätzlich gibt die Partei der Weiterentwicklung des Berufsbildes gegenüber einer Kammer den Vorrang. Als Argument nennt die CDU zum einen die bereits wirksam vorhandenen Instanzen wie z.B. Berufsverbände, Gewerkschaften, Sozialversicherungen, den MDK oder den Staat an sich und zum anderen die möglicherweise verfassungsrechtlich bedenkliche Einrichtung von Pflichtmitgliedschaften und Pflichtbeiträgen.</p>

				
<b>Zusammenarbeit mit dem Pflegerat NRW</b>				
<b>Welche Möglichkeiten sehen Sie, die geführten Gespräche zwischen ihrer Partei und dem Pflegerat NRW weiter auszubauen, damit in der nächsten Legislaturperi-</b>	Bündnis 90/ die Grünen werden die bislang gepflegten Kontakte zum Pflegerat NRW intensiv weiterführen.	Die SPD ist weiterhin offen für einen Informations- und Erfahrungsaustausch.	Die FDP ist weiterhin an einem regelmäßigen und vertrauensvollen Austausch mit dem Pflegerat NRW interessiert.	Hierzu erfolgt keine Stellungnahme.

				
<p>ode ein regelmäßiger Austausch vor wichtigen Entscheidungen stattfinden kann?</p>				
<p><b>Wie stellen Sie sicher, dass der Pflegerat NRW in pflegerelevanten Gesetzgebungsverfahren sowie in wichtigen Gremien und Ausschüssen vertreten ist?</b></p>	<p>Im Rahmen der Einflussmöglichkeiten sprechen sich Bündnis 90/ die Grünen dafür aus, dass der Pflegerat NRW bei entsprechenden Anhörungen im Landtag beteiligt sein soll.</p>	<p>Da alle relevanten Akteure möglichst in den Gesetzgebungsprozess miteinbezogen werden sollen, wünscht die SPD weiterhin die Expertise des Landespflegerates bei den Verbändeanhörungen in den Ministerien und Fachausschüssen.</p>	<p>Aus Sicht der FDP war der Pflegerat an bisherigen Anhörungen zum Thema Pflege eingebunden. Diese Kooperation soll fortgesetzt werden.</p>	<p>Die CDU wird wie bisher auch zukünftig den Pflegerat als beratende Instanz in Gesetzgebungsverfahren mit einbeziehen.</p>